

Probleme und politische Einstellungen in Heidelberg

SCHRIFTEN zur Stadtentwicklung

Ergebnisse einer Umfrage in Heidelberg durch Studierende des Instituts für Politische Wissenschaft an der Universität Heidelberg im Vorfeld der Kommunal- und Europawahlen am 12. Juni 1994



Stadt Heidelberg

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Vorbemerkungen und Mitarbeiter des Projekts	3
2. Probleme in der Stadt Heidelberg	4
2.1. Verkehr - das wichtigste Problem Heidelbergs	4
2.2. Wie fahrradfreundlich ist Heidelberg?.....	5
2.3. Angebot des Öffentlichen Nahverkehrs	6
2.4. Parkplatzprobleme in Heidelberg	7
2.5. Die Wohnungssituation in Heidelberg - das zweitwichtigste Problem.....	7
2.6. Weitere Probleme.....	7
2.7. Akzeptanz von Ausländern	9
2.8. Tourismus	12
3. Politische Grundhaltungen	13
3.1. Parteiidentifikation und Interesse für Politik.....	13
3.2. Welche Partei gefällt Ihnen am besten?	14
3.3. Beurteilung der Wichtigkeit der Parlamente - ein Vergleich	16
3.4. Parteiidentifikation.....	17
3.5. Rechts-Links-Einschätzungen im politischen Spektrum und Auswirkungen auf Parteiidentifikation und -präferenz	18
4. Kommunalwahl und Kommunalpolitik in Heidelberg im Rückblick	20
4.1. Bestimmen Parteiidentifikation und Kompetenzzuweisung das Wahlverhalten?	20
4.2. Bewertung der Arbeit des Gemeinderats	22
4.3. Bewertung der Oberbürgermeisterin Beate Weber	23
5. Europawahlen in Heidelberg	24
5.1. Die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen in Heidelberg.....	24
5.2. Die Wahlabsicht der Heidelberger zur Europawahl	26
5.3. Die Wichtigkeit des Europaparlaments	27
6. Sozialstruktur und Parteipräferenz	28
6.1. Alters- und Geschlechtsstruktur.....	28
6.2. Parteipräferenz und Schulbildung	30
6.3. Parteipräferenz und Berufsstruktur	30
6.4. Parteipräferenz und Gewerkschaftsnähe.....	30
6.5. Parteipräferenz und Religion	31
7. Stichprobenerhebung und Repräsentativität	32

1. Vorbemerkungen

In zwei Proseminaren des Instituts für Politische Wissenschaft an der Universität Heidelberg, unter der Leitung von Dr. Dieter Roth, Vorstandsmitglied der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen e.V., wurden im Wintersemester 1993/94 Theorien und Instrumente der empirischen Wahlforschung behandelt, die im Sommersemester 1994 zur praktischen Anwendung im Rahmen einer repräsentativen Umfrage zur Kommunal- und Europawahl am 12. Juni 1994 in Heidelberg kamen.

Ziel der Untersuchung war, die hier vorgelegte empirische Studie durch Studierende von den theoretischen Grundlagen über die Konzeption und Feldarbeit bis hin zu einem Abschlußbericht zu erarbeiten, und das so praxisnah wie möglich. Erhoben wurden die politischen Grundhaltungen der Befragten, aktuelle politische Präferenzen, die Sozialstruktur und Einstellungen zu kommunalpolitischen Problemen Heidelbergs.

Die Erhebung der Daten erfolgte telefonisch in der Zeit vom 24.05. bis zum 09.06.1994 durch alle Teilnehmer des Seminars, die zuvor eine Kurzausbildung als Telefoninterviewer absolvieren mußten. Die Auswertung der Daten erfolgte mit Hilfe des Statistikprogramms SAS am Universitätsrechenzentrum Heidelberg.

Der Stadt Heidelberg danken wir für ihre freundliche Unterstützung. Besonderer Dank gilt folgenden Mitarbeitern der Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Susann Becker und Susanne Grotz für die Interviewerschulung sowie Wolfgang Steudle und Dr. Wolfgang Schulte für die Stichprobenziehung und Gewichtung der Umfrageergebnisse.

Mitarbeiter des Projekts waren:

Markus Brümmer	Andrea Kronenthaler	Angela Schmidt (asm)
Christiane Cloos (cc)	Irene Knoke (ik)	Christian Schneider
Jan Eggers (je)	Marco Lautenschläger	Andrea Schramm (asr)
Margit Fauser (mf)	Thomas Mauss (tm)	Gunter Smits (gs)
Sören Finkbeiner (sf)	Holger Müller (hm)	Stephan Stegmüller (ss)
Norbert Fröschle (nf)	Pier Paolo Perrone (pp)	Petra Wandernoth (pw)
Renate K. Götz (rg)	Katja Pfitsch (kp)	Jürgen Weichselgärtner (jw)
Till Grefe (tg)	Daniel Reger (dr)	Lars Vinx (lv)
Freia Hoffmann (fh)	Stephan Reich	Arija Wenke (aw)
Thomas Hoffmann (th)	Frank Romann (fr)	Nicole Wessa (nw)
Nadja Klag (nk)	Uli Rüdener (ur)	Andreas M. Wüst (amw)
		Jürgen Zimmermann (jz)

Endredaktion: fh, th, dr, amw

2. Probleme in der Stadt Heidelberg

Erfragt wurden in unserer Untersuchung die für die Heidelberger Bürger wichtigen Probleme in drei verschiedenen Fragestellungen:

1. durch eine zweimalig gestellte sogenannte offene Frage, d.h. ohne Antwortvorgabe: *Was ist ihrer Meinung nach zur Zeit das wichtigste Problem hier in Heidelberg? Und was ist ein weiteres wichtiges Problem?*
2. durch direkte Auswahlmöglichkeit aus fünf wichtigen Problembereichen, die wir über Expertenrating auswählten: *Und welches der genannten Themen ist für Sie persönlich am wichtigsten? - ... der Verkehr, ... die Ausländer, ... der Müll, ... die Sicherheit, ... der Wohnungsmarkt.*
3. durch direkte Nachfrage zu einzelnen Problemen, insbesondere im Bereich Verkehr:
 - a. *Halten Sie Heidelberg für eine fahrradfreundliche Stadt?*
 - b. *Sollte für Radfahrer in Heidelberg... - mehr getan werden... sollte es so bleiben wie es ist... oder wird für Radfahrer zu viel getan?*
 - c. *Gibt es in Heidelberg für Anwohner - ausreichend Parkplätze - oder zu wenig Parkplätze?*
 - d. *Sind öffentliche Parkplätze in Heidelberg - zu teuer - gerade richtig im Preis - oder zu billig?*
 - e. *Und wie ist es mit dem Angebot im öffentlichen Nahverkehr? Ist das Angebot - ausreichend - nicht ausreichend?*
 - f. *In Heidelberg gibt es viele Studenten. - Finden Sie das gut - oder finden Sie das nicht gut?*
 - g. *Halten Sie ihren Arbeitsplatz für - sicher - oder für gefährdet?*

2.1. Verkehr - das wichtigste Problem Heidelbergs

Das Verkehrsproblem hat sich eindeutig als das am dringlichsten empfundene Problem herausgestellt. Sowohl in der Frage nach dem wichtigsten aus fünf genannten Problembereichen, wie auch in der offen gestellten Frage nach dem wichtigsten Problem - wobei hier Nennungen wie Fahrradwege, Nahverkehr, Parkplätze etc. in die Kategorie Verkehr gezählt wurden - rangiert der Verkehr an erster Stelle, mit über der Hälfte aller Nennungen.

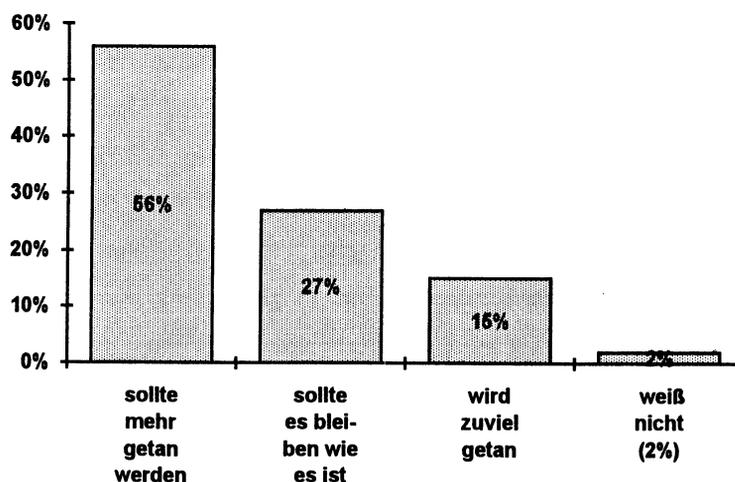
Das Aufsplitten nach Stadtteilen erbringt deutliche Unterschiede, auch die Unterteilung nach Zentrum und weiterer Umgebung. Die Befragten im Stadtzentrum nehmen das Verkehrsproblem etwas stärker wahr: etwa zwei Drittel nennen den Verkehr als Problem. Von den Befragten der näheren Umgebung, also Rohrbach, Wieblingen etc. benennen rund fünfzig Prozent den Verkehr und nur im Emmertsgrund, in Boxberg, Neuenheim und Bergheim empfinden weniger als ein Drittel Verkehr als wichtiges Problem. Dies könnte zum einen an tatsächlich geringen Verkehrsproblemen in Heidelbergs Peripherie und zum anderen an der Dominanz anderer Probleme liegen. Trotz allem liegt in allen Stadtteilen das Verkehrsproblem an erster Stelle aller Nennungen.

Im Geschlechtsvergleich stellte sich ferner heraus, daß sich Frauen eher für Parkplätze und öffentlichen Nahverkehr aussprechen, während den Männern Radwege ein größeres Anliegen sind.

2.2. Wie fahrradfreundlich ist Heidelberg?

Über siebzig Prozent der Heidelberger Bürger halten Heidelberg für eine fahrradfreundliche Stadt. 53% sind der Meinung, daß für Radfahrer mehr getan werden sollte. Von den Befragten, die angaben, Heidelberg sei eine fahrradfreundliche Stadt, sind über vierzig Prozent der Meinung, daß trotzdem mehr getan werden sollte; ein Fünftel meint dagegen, daß bereits zu viel getan wird. Diejenigen, die Heidelberg nicht für fahrradfreundlich halten, sind erwartungsgemäß nahezu ausnahmslos dafür, daß für Radfahrer mehr getan werden sollte.

Radfahrer in Heidelberg, da...



Die Forderung, daß mehr für Fahrradfahrer getan werden sollte, geht durch alle Altersklassen. Vor allem die Altersgruppe der zwischen 20- und 40jährigen stimmt mit über zwei Drittel dieser Forderung zu. Daß zuviel für Radfahrer getan werde, meinen insgesamt weniger als ein Fünftel. Hier allerdings steigt deren Anteil ab der Gruppe der 40jährigen leicht an, bleibt aber immer in der Minderheit gegenüber den anderen beiden Antwortkategorien.

Das Thema Radwege in der Aufschlüsselung nach Stadtteilen bestätigt die Erwartungen: Bei den in Fahrradnähe zur Stadt liegenden Stadtteilen sind teilweise weit über sechzig Prozent der Meinung, daß mehr für Radfahrer getan werden müßte. Allerdings sticht in dieser Kategorie der Pfaffengrund hervor, der nicht der näheren Umgebung zugerechnet werden kann. Dies könnte ein Indiz dafür sein, daß bei der Verbesserung der Radwege nicht nur die Anbindung zur Stadt gemeint ist, sondern auch innerhalb der einzelnen Stadtteile solche Bedürfnisse bestehen. Die Befragten des Stadtzentrums scheinen relativ zufrieden mit der derzeitigen Situation. Es sind aber immer noch rund fünfzig Prozent dafür, mehr in diesem Bereich zu tun und nehmen damit einen Mittelfeldplatz in der Gruppe derer ein, die der Meinung sind, daß mehr für Radfahrer getan werden müßte. Für die äußeren Bezirke zeigt sich dieses Problem als weniger wichtig. Insgesamt ist aber auch die Mehrheit in diesen Stadtteilen für einen Ausbau der Radwege.

2.3. Angebot des Öffentlichen Nahverkehrs

Über die Hälfte der Heidelberger sind der Meinung, daß der öffentliche Nahverkehr in Heidelberg nicht ausreiche.

Mit steigendem Alter erhöht sich jedoch der Grad der Zufriedenheit mit dem vorhandenen Angebot. Dies gilt vor allem für die über 50jährigen und nochmals verstärkt für Befragte über sechzig Jahren und hier insbesondere für ältere Frauen. Trotzdem überwiegt auch in diesen Altersklassen die Unzufriedenheit, mit Ausnahme der über sechzigjährigen Frauen. Auffallend unzufrieden mit dem derzeitigen Angebot des öffentlichen Nahverkehrs sind Befragte in Neuenheim und in der Weststadt, eher zufrieden zeigen sich hingegen die Bewohner der weiteren Umgebung (Emmertsgrund, Ziegelhausen), sowie die der zentralen Altstadt. Anhand unserer Erhebung ist eine differenzierte Interpretation schwierig, da wir keine Aussagen darüber treffen können, ob die Befragten von ihrer eigenen Situation ausgingen oder vielmehr die Situation in Heidelberg insgesamt beurteilten.

Es kann aber angenommen werden, daß für die Bürger in Nähe des Zentrums das Auto ohnehin keine Lösung für innerstädtische Verkehrsprobleme darstellt, und sie sich deshalb ein besser ausgebautes Nahverkehrsnetz wünschen.

2.4. Parkplatzprobleme in Heidelberg

Öffentliche Parkplätze werden von der Hälfte der Heidelberger Bürger als zu teuer empfunden, ein knappes Drittel ist der Meinung, daß die Preise gerade richtig seien. Bei der Beurteilung der Anwohnerparkplätze ist die Tendenz noch eindeutiger: Weit über zwei Drittel der Befragten halten die Anzahl der vorhandenen Anwohnerparkplätze für zu gering. Die auftretenden Unterschiede in den Stadtteilen lassen sich nur schwer systematisieren. Die Annahme, daß vor allem die Bewohner des Stadtzentrums über Parkplatzprobleme klagten, wurde nicht bestätigt. Das Ergebnis spiegelt nicht das jeweils tatsächlich vorhandene Parkplatzkontingent wider. Hier sticht vor allem der Boxberg mit hervor (84% der befragten Boxberger sagten, es gäbe zu wenige Parkplätze für Anwohner), wobei dort kaum von realen Parkplatzproblemen ausgegangen werden kann.

2.5. Die Wohnungssituation in Heidelberg - das zweitwichtigste Problem

Sowohl in der offenen Frage nach Problemen Heidelbergs, als auch bei der direkten Nachfrage liegt das Problem "Wohnungsmarkt/Mieten" auf dem zweiten Platz (12% bzw. 24%).

Ein Drittel derer, die dieses Problem als wichtigstes einstufen, sind zwischen dreißig und fünfzig Jahre alt. Dabei nannten Frauen der jüngeren Alterskategorien dieses Problem häufiger als ihre männlichen Altersgenossen.

In den höheren Altersgruppen - ab etwa fünfzig Jahren - sind es dann überwiegend die Männer, die überdurchschnittlich häufig das Problem "Wohnungsmarkt/Mieten" nennen.

2.6. Weitere Probleme

Als weiteres Problem Heidelbergs wurde das Thema *Ausländer* genannt, das im folgenden Kapitel behandelt wird, außerdem *Umwelt* (6%), Sicherheit und Müll. Letztere liegen beide unter fünf Prozent der Nennungen.

Das Problem *Sicherheit* wird bei der offenen Frage entgegen den Erwartungen von nur fünf Prozent der Befragten als wichtigstes Problem empfunden. Auch bei der direkten Nachfrage rangiert es weit abgeschlagen an vorletzter Stelle.

Dabei fallen die Boxberger bei diesem Problem aus dem allgemeinen Trend heraus: Ein gutes Drittel von ihnen nennt das Wahlkampfthema Sicherheit als wichtigstes Problem, von den Bewohnern der Altstadt dagegen nur zwei von hundert.

Auf die Frage nach der Arbeitsplatzsicherheit gibt die überwiegende Mehrheit, nämlich rund 80 Prozent der Befragten, die erwerbstätig sind, an, daß sie ihren Arbeitsplatz für sicher halten.

Bei der Nachfrage zur Studentenfreundlichkeit der Universitätsstadt Heidelberg geben 90 Prozent der Befragten an, es *gut zu finden*, daß es in Heidelberg viele Studenten gibt.

Wichtigkeit der fünf vorgegebenen Probleme in Heidelberg



Zusammenfassend kann gesagt werden, daß wie erwartet der Verkehr sowie das Thema Wohnungsmarkt/Mieten von den Heidelberger Bürgern als wichtigste Probleme Heidelberg angesehen werden.

Zum Thema Verkehr wurde immerhin deutlich, daß sich die Mehrheit der Befragten für den weiteren Ausbau der Radwege sowie des öffentlichen Nahverkehrs aussprachen. In Zusatzaussagen der Befragten wurden wir dabei auch darauf hingewiesen, daß zwar schon viel in diesen Bereichen unternommen worden sei, die Ergebnisse jedoch oft unbefriedigend ausfielen.

Probleme wie *Sicherheit* und *Müll*, die in der Vorbereitungsphase der Erhebung ebenfalls als wichtig eingeschätzt wurden, stehen bei den Befragten eher im Hintergrund.

Viele Fragen bleiben jedoch offen. Weitere Untersuchungen zum Themenbereich „Probleme in Heidelberg“ wären nicht nur interessant, sondern könnten auch zu bürgernaher Problemlösungsfindung beitragen.

mf, asr, lv, pw, aw

2.7. Akzeptanz von Ausländern

Heidelberg hat im Vergleich zu ähnlich großen Städten und dem Bundesgebiet insgesamt einen überdurchschnittlichen Ausländeranteil von 14%. Dies liegt zum einen an der Universität, zum anderen am Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa, das sich in Heidelberg befindet. Die Stadt Heidelberg ist stolz auf ihr multikulturelles Profil. Aber wie sehen das ihre Bürger? Werden Ausländer gar als Problem wahrgenommen?

Unsere Umfrage gibt darüber näheren Aufschluß. Auf die Frage: *Was ist Ihrer Meinung nach zur Zeit das wichtigste Problem hier in Heidelberg?* antworteten lediglich 2% mit: *Asylanten, Asyl oder Ausländer*. Demnach spielt das „Ausländerproblem“ in Heidelberg entweder tatsächlich eine untergeordnete Rolle oder es gibt weitaus wichtigere Probleme in der Stadt. Letzteres ist wahrscheinlicher, denn die in Deutschland lebenden Ausländer werden von den Heidelbergern nicht durchweg als *kulturelle Bereicherung* empfunden, wie dies immerhin noch 68% der Befragten angaben; Angst vor *Überfremdung* drückt sich bei 21% der befragten Bürger aus; 11% der Befragten konnten oder wollten auf die Frage: *Wenn Sie an die heute in Deutschland lebenden Ausländer denken, empfinden Sie deren Anwesenheit eher als kulturelle Bereicherung oder sehen Sie eher die Gefahr einer Überfremdung?* nicht antworten.

Ein detaillierter Blick in unsere Umfragedaten zeigt Unterschiede in den einzelnen sozialstrukturellen Untergruppen. Geschlechtsspezifische Unterschiede lassen sich kaum feststellen. Mehr Aufschluß gibt die Einteilung in Altersgruppen: Während in den jüngeren Altersklassen, also bei den 18- bis 29jährigen, der Anteil derjenigen, die die in Deutschland lebenden Ausländern eher *als kulturelle Bereicherung* empfinden, mit 91% überdurchschnittlich hoch ist, zeigt sich bei den über 60jährigen sehr massiv die Angst vor einer *Überfremdung*. In der Alterskohorte der 60- bis 69jährigen übersteigt die Antwortkategorie *Gefahr vor einer Überfremdung* mit 54% sogar die der *kulturellen Bereicherung*.

Der Grad der Bildung spielt bei der Beantwortung eine wichtige Rolle: Mit absinkendem Bildungsgrad nimmt die Angst vor Überfremdung zu. So befürchteten 45% der Hauptschulabsolventen eine Überfremdung gegenüber lediglich 11% der Befragten mit Hochschulreife. Auffällig ist, daß alle befragten Schüler (n=17) die Anwesenheit der Ausländer in Deutschland als kulturelle Bereicherung empfinden.

Bei Betrachtung der Berufsgruppen ergibt sich ein ähnliches Bild (siehe Tabelle). Insbesondere die Auffächerung der Angestellten zeigt, daß mit steigendem Berufsstatus die Furcht vor einer Überfremdung deutlich sinkt.

Einstellung zu Ausländern in verschiedenen Berufsgruppen

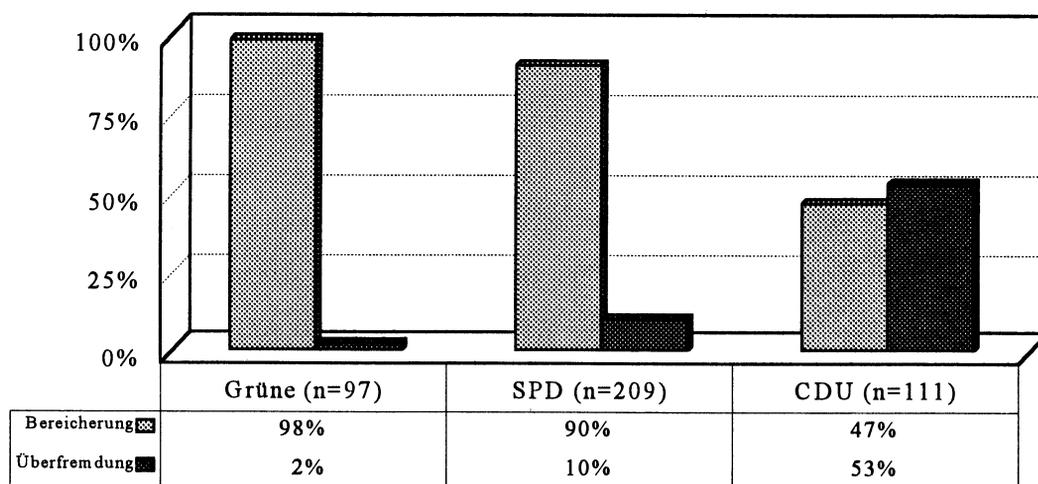
Berufsgruppe	Bereicherung	Überfremdung
Arbeiter	40%	60%
Angestellte -gesamt-	74%	26%
-einfach	65%	35%
-gehoben	73%	27%
-leitend	91%	9%
Beamte	68%	32%
Selbständige	88%	12%
Gesamt	77%	23%

Von denjenigen Befragten, die angaben, an Wohnort und Arbeitsplatz mit Ausländern zusammenzukommen, halten 84% diese für eine kulturelle Bereicherung. Wer weder am Wohnort noch am Arbeitsplatz auf Ausländer trifft, fürchtet eher eine Überfremdung (45%). Wer also mit Ausländern zusammenkommt, baut in der Regel Ängste vor ihnen ab. Die Nähe zu einer politischen Partei korreliert sichtbar mit der Einschätzung von Ausländern. Von denjenigen, die den Grünen oder der SPD im allgemeinen stark zuneigen, sehen 100 bzw. 79% Ausländer als Bereicherung, während unter den starken CDU-Anhängern nur 48% in Ausländern eine Bereicherung sehen.

Neben der Frage nach kultureller Bereicherung oder Überfremdungsgefahr, waren *Ausländer* auch eines der fünf von uns vorgegebenen Themen, zu denen die Heidelberger sich näher äußern konnten. Hinter *Verkehr* und *Wohnungsmarkt*, aber deutlich vor *öffentlicher Sicherheit* sowie dem *Müll*, landete das Ausländerproblem mit 21% auf Platz drei (siehe Grafik auf Seite 6).

Danach gefragt, *welche Politiker die beste Ausländerpolitik machten*, antworteten die meisten, nämlich 32%: *die der SPD*, 17%: *die der CDU* und 15%: *die der Grünen*; ein gutes Drittel konnte oder wollte sich zu dieser Frage nicht äußern. Unter denjenigen jedoch, die die Gefahr einer Überfremdung durch Ausländer sehen, antworteten 69%: *die der CDU*, während 56 und 30% derjenigen, die in Ausländern eine *kulturelle Bereicherung* sehen, die Ausländerpolitik der SPD respektive die der Grünen am besten finden. Damit besteht also ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Furcht vor Überfremdung und der Zuschreibung von Problemlösungskompetenz in der Ausländerfrage an die CDU einerseits und der Einschätzung von Ausländern als kultureller Bereicherung und der Zuschreibung von Problemlösungskompetenz an die SPD und an die Grünen andererseits. Von denjenigen, die die Ausländerpolitik der Grünen am besten finden, äußerten sage und schreibe 98%, daß Ausländer eine *kulturelle Bereicherung* seien.

Zuschreibung von Problemlösungskompetenz an die Parteien und Einstellung zu Ausländern (n=417)



Wenig überraschend dürfte sein, daß zwei Drittel derjenigen, die es begrüßten, daß der eine Republikaner in den Gemeinderat zurückkehrt (insgesamt 9%), in Ausländern die Gefahr einer Überfremdung sehen.

Kein Zusammenhang besteht indes zwischen ablehnender Haltung gegenüber Ausländern und einer kritischen Einstellung zu Touristen: Lediglich 15% derer, die eine Überfremdung fürchten, sagten, daß zu viele Touristen nach Heidelberg kämen (insgesamt 18% der Befragten). Viele Touristen sind auch Ausländer, doch werden sie nicht primär als solche wahrgenommen.

2.8. Tourismus

Die Bürger Heidelbergs stehen dem Tourismus in ihrer Stadt positiv gegenüber. 54% der Befragten meinen, die Anzahl der Touristen, die nach Heidelberg kommen, sei *gerade richtig* und 28% würden sich über *noch mehr* Touristen freuen.

Die Einstellung zum Tourismus variiert je nach Stadtteil:¹ Am stärksten von Touristen beeinträchtigt fühlen sich die Handschuhheimer, von denen 27% der Meinung sind, nach Heidelberg kämen *zu viele* Touristen. Dies meinen auch 24% der Bergheimer und 23% der Bewohner der Altstadt. *Ruhig mehr* Touristen könnten nach Ansicht von 41% der Bürger des Pfaffengrund und von 37% der Altstädter kommen. Die Altstadt zeigt bei der Tourismusfrage auch die größte Polarisierung: hier sind die Kategorien *zu viele* und *zu wenig Touristen* im Gegensatz zu *gerade richtig* am stärksten besetzt.

Hinter den Einstellungen zum Tourismus stehen auch finanzielle Gesichtspunkte: 44% der Befragten, die angaben, das wichtigste Problem in Heidelberg sei seine Finanzsituation, sprachen sich für mehr Touristen in Heidelberg aus. Dies bestätigt sich auch in den unterschiedlichen Berufsgruppen. Bei den Selbständigen, die ja am stärksten vom Fremdenverkehr profitieren, ist die Einstellung gegenüber Touristen ausgeprägt freundlich: 39% dieser Berufsgruppe meinen, nach Heidelberg könnten noch mehr Touristen kommen. Lediglich 7% der Selbständigen meinen, es kämen bereits zu viele. Die beruflich vom Tourismus unberührten Beamten wünschen sich hingegen eine ruhigere Stadt: 23% von ihnen meinen, es sei der Touristen schon zu viel.

fh / amw

¹ Die Aussagen zu Bergheim (n=34) und Pfaffengrund (n=38) sind wegen geringer Fallzahlen mit Vorsicht zu genießen.

3. Politische Grundhaltungen

3.1. Parteiidentifikation und Interesse an Politik

Immer weniger Deutsche identifizieren sich mit einer Partei. Allein aufgrund dieses Phänomens auf eine allgemeine Politikverdrossenheit zu schließen, ist aber zu kurz gegriffen. Neben der Frage nach der Parteiidentifikation wurden die Befragten auch nach ihrer Parteipräferenz (Welche Partei gefällt Ihnen am besten?) und nach ihrem allgemeinen Interesse an der Politik gefragt. Auf die Frage: *Wie stark interessieren Sie sich für Politik?* konnten die Befragten mit *sehr stark*, *stark*, *etwas*, *kaum* oder *gar nicht* antworten, wobei wir in unserer Analyse die Kategorien *sehr stark* und *stark* sowie *kaum* und *gar nicht* zusammengefaßt haben. Es zeigt sich: das Interesse der Heidelberger für Politik ist im Vergleich zur Bundesrepublik etwas überdurchschnittlich.

Tabelle A	Arbeitsplatz ²		Akzeptanz Ausländer ³		Wichtigkeit Gemeinderat ⁴		Wichtigkeit Europaparlament ⁵			
	BRD ⁶	HD	sicher	gefährdet	kult.Ber.	Überfremd.	(sehr) wichtig	wen. wichtig, unwichtig	(sehr) wichtig	wen. wichtig, unwichtig
Anzahl (n)	1256	662	291	51	451	136	447	192	348	287
Interesse für Politik										
(sehr) stark	42,2%	47,8%	49,8%	46,2%	53,7%	35,2%	56,5%	35,0%	50,4%	47,7%
etwas	42,8%	38,1%	39,6%	40,3%	33,8%	47,7%	34,4%	47,7%	39,0%	38,2%
kaum, gar nicht	14,6%	14,1%	10,6%	13,5%	12,5%	17,1%	9,0%	17,1%	10,6%	14,2%

Tabelle A zeigt, inwieweit starkes Interesse für Politik mit Einstellungen zu bestimmten Themen korreliert: So wird sowohl der Gemeinderat als auch das Europaparlament von politisch stark Interessierten weit wichtiger eingestuft als von den etwas, kaum oder gar nicht an Politik Interessierten. Auch die Akzeptanz von Ausländern ist unter stark politisch Interessierten weit höher als unter politisch kaum oder gar nicht Interessierten, während es bei der Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes kaum Unterschiede gibt.

² Die Frage lautete: "Halten Sie Ihren Arbeitsplatz für sicher oder für gefährdet?"

³ Die Frage lautete: "Wenn Sie an die in Deutschland lebenden Ausländer denken, empfinden Sie deren Anwesenheit eher als kulturelle Bereicherung oder sehen Sie eher die Gefahr einer Überfremdung?"

⁴ Die Frage lautete: "Sind die Entscheidungen, die im Gemeinderat getroffen werden für Sie persönlich sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder unwichtig?" (Kategorien 'sehr wichtig' und 'wichtig' sowie 'weniger wichtig' und 'unwichtig' zusammengefaßt)

⁵ Die Frage lautete: "Und wie ist das mit den Entscheidungen des Europaparlaments? Sind die Entscheidungen die im Europaparlament getroffen werden für Sie persönlich sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder unwichtig?" (Kategorien wiederum zusammengefaßt)

⁶ Bezieht sich auf die Politbarometerumfrage der Forschungsgruppe Wahlen e.V.; Mannheim, im Juni 1994 im gesamten Bundesgebiet.

Mit Blick auf aktuelle Parteipräferenzen (Tabelle B) läßt sich feststellen, daß derzeitige Anhänger der Grünen und der FDP mit 61 bzw. 57% ein überdurchschnittlich starkes Politikinteresse haben, während befragte SPD-Anhänger ein

Tabelle B	Parteipräferenz ⁷			
	CDU/ CSU	SPD	GAL	FDP
Anzahl (n)	138	183	119	28
Interesse für Politik				
(sehr) stark	43,9%	48,5%	60,6%	57,3%
etwas	42,2%	36,6%	30,8%	38,6%
kaum, gar nicht	13,9%	14,9%	8,7%	4,1%

durchschnittlich (48,5%) und Unions-Anhänger ein unterdurchschnittlich (44%) starkes Politikinteresse angeben.

3.2. Welche Partei gefällt Ihnen am besten?

Auf die Frage nach ihrer Parteipräferenz verweigerten 27% der Befragten eine Antwort. Man kann zwar davon ausgehen, daß sich darin eine Unzufriedenheit mit den Parteien im allgemeinen widerspiegelt, daß sich aber auch viele entweder für keine Partei entscheiden oder keine Äußerungen zu diesem Thema machen konnten oder wollten. Daß die Frage nach der Zweitpräferenz noch häufiger verweigert wurde (40%), erklärt sich dadurch, daß sich viele Wahlberechtigte nur auf eine Partei festlegen ließen. Neben der Frage nach der Wahlabsicht als kurzfristiger und der nach der Parteiidentifikation⁸ als langfristiger Komponente (Kap. 3.3.), haben wir hier also einen mittelfristigen Faktor, um Parteinähe zu bestimmen.

Erst- und Zweitpräferenzen für die verschiedenen Parteien

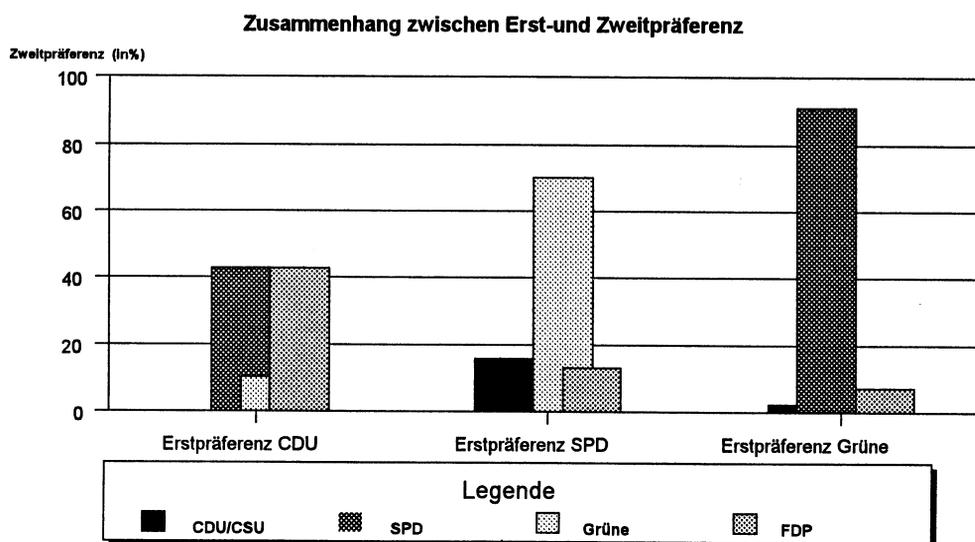
	CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	REP	andere	keine
Erstpräferenz	21%	28%	19%	4%	0%	2%	27%
Zweitpräferenz	7%	21%	18%	12%	1%	*	39%

* Antwortkategorie bei Abfrage der Zweitpräferenz nicht vorgegeben.

⁷ Die Frage lautete: "Und nun noch einmal zu den Parteien in Deutschland ganz allgemein. Welche Partei gefällt Ihnen da am besten? Die CDU/CSU, die SPD, die Grünen, die FDP, die Republikaner, oder eine andere Partei?"

⁸ Die Frage nach der Parteiidentifikation lautete : [...] Neigen Sie - ganz allgemein gesprochen - einer bestimmten Partei zu ? Wenn ja, welcher ?

Interessant ist nun aber, wie sich der Zusammenhang von Erst- und Zweitpräferenz gestaltet. Das Schaubild zeigt für die bei der Erstpräferenz bevorzugten Parteien die jeweiligen Zweitpräferenzen in Prozenten, wobei die Republikaner und sonstigen Parteien nicht aufgenommen sind und die Personen, die eine Antwort verweigerten, nicht in die Berechnung miteinbezogen wurden.

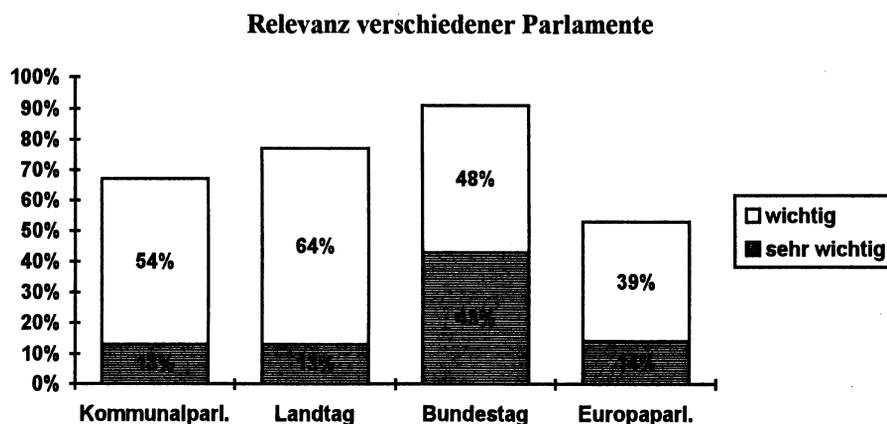


Es muß zunächst festgestellt werden, daß es sich hierbei nicht um eine Frage nach Koalitionen handelt. Es geht darum, welche Parteien bei den Befragten Rang 1 und Rang 2 auf der *Präferenzskala* einnehmen.

Auffällig ist das gute Abschneiden der FDP bei den primären CDU-Anhängern. Allerdings liegt hier die SPD mit 43% gleich auf. Die Grünen haben erwartungsgemäß bei den Befragten, denen die CDU am besten gefällt, nur sehr wenig Rückhalt ($\approx 10\%$). Der überwiegende Teil der "SPD-Sympathisanten" tendiert bei der Zweitpräferenz zu den Grünen (70%). CDU und FDP liegen beide bei etwa 15% und damit deutlich hinter den Grünen als überwiegender Zweitpräferenz. Bei der CDU-Anhängerschaft bauen also mehr Befragte auf die andere große Volkspartei, als dies umgekehrt der Fall ist. Von diejenigen Befragten, die sich für die Grünen entschieden und noch eine Aussage zur Zweitpräferenz machten, gaben 91% die SPD an. Es muß bei den Grünen allerdings ergänzt werden, daß rund ein Drittel keine zweite Partei genannt hat. Dieser Anteil ist höher als bei den Anhängern der anderen Parteien (nur je 20% Verweigerer).

3.3. Beurteilung der Wichtigkeit der Parlamente - ein Vergleich

Ein klares Bild ergibt sich bei den vier Fragen,⁹ die zur Beurteilung der einzelnen Parlamente aufforderten: Obwohl die Wichtigkeit der einzelnen Parlamente unterschiedlich beurteilt wird, gibt es unter den vier Parlamentebenen keinen "Verlierer". Alle Ebenen werden - was die Wichtigkeit der Entscheidungen der einzelnen Parlamente für die Befragten persönlich anbelangt - jeweils von einer Mehrheit als wichtig oder sogar sehr wichtig eingestuft.



"Spitzenreiter" unter den Parlamenten ist der Bundestag, dessen Entscheidungen von gut 90% der Befragten als sehr wichtig oder zumindest als wichtig eingestuft werden (43% sehr wichtig/47,5% wichtig). In der Rangliste an zweiter Stelle steht für die befragten Heidelberger der Landtag, der mit seinen Entscheidungen von 78% der Befragten als sehr wichtig oder wichtig beurteilt wird - 64% stufen die Entscheidungen des Landtags als wichtig ein, nur 13% sehen die Entscheidungen als sehr wichtig an. Etwa 13% der Befragten wiesen dem Gemeinderat eine sehr wichtige Rolle zu und 54% sehen im Gemeinderat ein wichtiges Entscheidungsgremium (insgesamt zwei Drittel der Antworten fielen also auf die Kategorien *sehr wichtig* und *wichtig*). Nach dem Gemeinderat an vierter und letzter Stelle folgt in der Gunst der Befragten das Europaparlament, das unter den Entscheidungsgremien den schwächsten Zuspruch erhält: Nur 53% - die knappe Mehrheit der Befragten also - halten das Europaparlament für ein Entscheidungsgremium, dessen Entscheidungen für 13,5% der Heidelberger sehr wichtig oder wichtig (39%) sind.

⁹ Die vier Fragen bezogen sich auf die vier Entscheidungsebenen GEMEINDERAT, LANDTAG, BUNDESTAG und EUROPAPARLAMENT. Vgl. Fußnoten 4 und 5 in diesem Kapitel.

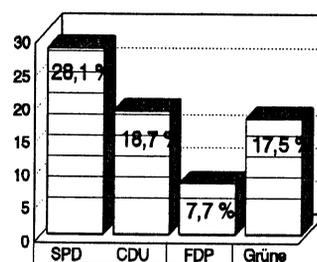
Betrachtet man die Verteilung derjenigen, die eine Parlamentsebene als sehr wichtig oder wichtig einstufen, nach Geschlecht, so ergibt sich folgendes Bild: Gemeinderat, Landtag und Bundestag werden in der Wichtigkeit ihrer Entscheidungen unabhängig davon bewertet, ob die befragte Person männlich oder weiblich ist.¹⁰ Allein bei der Bewertung des Europaparlaments ist ein Übergewicht weiblicher Personen festzustellen: 58% der Antworten, die das Europaparlament in seiner Wichtigkeit positiv bewerteten, kamen von Frauen, nur 42% von Männern.

3.4. Parteiidentifikation

Wer sich stark für Politik interessiert, identifiziert sich leichter mit einer bestimmten Partei und umgekehrt. Rund 60% der SPD-Anhänger beispielsweise, die über eine *sehr starke/starke* Parteinähe verfügen, interessieren sich auch in *sehr starkem* bzw. *starkem* Maße für Politik. Bei der CDU kommt dieser Zusammenhang noch stärker zum Tragen: Knapp 75%, die *sehr stark/stark* ihrer Partei zuneigen, interessieren sich auch in sehr starkem oder starkem Maße für Politik; bei den Grünen sind dies gar 77%.¹¹

Vor allem die männlichen SPD-Anhänger neigen der Partei in *sehr starkem/starkem* Maße zu (50%). Die Neigung der weiblichen Anhängerschaft zur SPD hingegen fällt mehrheitlich *mäßig* aus (61%). Bei der CDU stellt sich die geschlechtsspezifische Verteilung der Anhängerschaft proportional anders dar: Während insgesamt rund 56% der CDU-Anhänger Frauen sind, neigen der CDU davon "nur" 30% *sehr stark/stark*, 65% hingegen *mäßig* zu. Bei den Männern ist die Intensität der Parteineigung etwas anders gelagert: Zwar sind nur 44% der CDU-Anhänger männlichen Geschlechts; von diesen 44% neigen jedoch immerhin 47% ihrer Partei *sehr stark/stark*, 49% *mäßig* zu. Die Grünen hingegen können auf eine Mehrzahl weiblicher Anhänger verweisen: 47% ihrer Anhänger sind männlich, 53% weiblich. Gleichzeitig identifizieren sich nur 49% der männlichen, aber 56% der weiblichen Anhänger *sehr stark/stark* mit ihrer Partei. Der Zusammenhang zwischen Parteinähe

Parteinähe + Gewerkschaftsmitgliedschaft



Anteile der Gewerkschaftsmitglieder bei den jeweiligen Parteilanhängern

¹⁰ Die Verteilung der Antworten nach Geschlecht entspricht in etwa der Geschlechtsstruktur der Heidelberger Wahlbevölkerung

¹¹ Bei der FDP können aufgrund der geringen Fallzahlen keine Aussagen gemacht werden.

und Gewerkschaftszugehörigkeit entspricht auch in Heidelberg im Großen und Ganzen immer noch den - im deutschen Parteiensystem verankerten - traditionellen Konfliktlinien, wenn auch die Schere zwischen den beiden großen Volksparteien SPD und CDU nicht mehr so stark auseinanderklafft; auch der geringe Unterschied zwischen der Gewerkschaftszugehörigkeit der CDU- und Grünen-Anhänger ist recht erstaunlich. So sind 28% der SPD-Anhänger Mitglied einer Gewerkschaft, bei der CDU sind dies immerhin noch 19%. Bei den FDP-Anhängern besteht erwartungsgemäß ein traditionell geringer Zusammenhang zwischen (sehr) starker Parteiidentifikation und Gewerkschaftszugehörigkeit; 8% sind hier Mitglied einer Gewerkschaft; bei den Grünen-Anhängern sind es 18% (siehe Grafik auf Seite 15).

Die SPD als "Arbeiterpartei" schlechthin zu klassifizieren wäre zumindest für Heidelberg verfehlt. Der über dem Bundesdurchschnitt liegende Bildungsgrad macht eine solch pauschale Etikettierung unmöglich. 21% der SPD-Anhänger haben die Mittlere Reife, 30% einen Hauptschul- und 46% einen Gymnasialabschluß. Die Intensität der Parteinähe ist bei den beiden letztgenannten Gruppen auch am stärksten ausgeprägt: 45% derjenigen mit Abitur und 36% der Befragten mit Hauptschulabschluß neigen ihrer Partei in *sehr starkem/starkem* Maße zu. Bei den Realschulabsolventen sind dies nur 18%. Die CDU kann ihre größte Anhängergruppe ebenfalls unter denjenigen mit Abitur verbuchen (41%), von denen auch 53% ihrer Partei *sehr stark/stark* zuneigen. Lediglich 21% der CDU-Anhänger sind Hauptschulabsolventen. Ihre Parteibindung ist jedoch eher gering ausgeprägt: 56% dieser Gruppe artikulierten eine *schwache/sehr schwache* Parteiidentifikation. Die "Abiturienten-Gruppe" ist bei den Anhängern der Grünen erwartungsgemäß am stärksten vertreten: 81% der Befragten, die sich als "Grüne" zu erkennen gaben, haben Abitur. Von diesen 81% neigen 88% den Grünen *sehr stark/stark* zu. Die Haupt- und Realschulabsolventen sind bei den Grünen hingegen mit 6,5% bzw. 12% deutlich unterrepräsentiert.

3.5. Links-Rechts-Einschätzungen im politischen Spektrum und Auswirkungen auf Parteiidentifikation und -präferenz

Auf die Frage, wie sich Bürger in dem von ihnen perzipierten politischen Links-Rechts-Kontinuum einstufen, antworteten 43% mit *eher links* (davon 21% links bis sehr links)¹², 30% mit *Mitte* und 21% mit *eher rechts* (davon 10% rechts bis sehr rechts). Dies ergibt

¹² Das linke bzw. rechte Spektrum wird in schwach links/schwach rechts und links bis sehr links/rechts bis sehr rechts eingeteilt.

auf einer Links-Rechts-Skala von -5 (sehr links) bis +5 (sehr rechts) für Heidelberg einen Mittelwert von -0,6.

Wird die Links-Rechts-Frage auf die Altersstruktur hin differenziert, sehen sich 63% der 18- bis 30jährigen insgesamt links (davon links bis sehr links: 30%), immerhin 26% tendieren zur Mitte. Die Kohorte der 30- bis 50jährigen neigt zur Mitte (36%) und nach links (41%), schwach rechts stufen sich noch 16% ein. Die Gruppe der über 50jährigen ordnet sich mehrheitlich in der Mitte (36%), nach rechts (34%, davon 21% rechts bis sehr rechts) und 31% links der Mitte ein (davon 18% links bis sehr links).

Die empirischen Resultate scheinen die Lebenszyklushypothese¹³ nur in der Gruppe der unter 30jährigen zu stützen. Ein anderes Licht wirft aber die Tatsache auf, daß linke bis sehr linke Einstellungen zu 42% von den 18- bis 30jährigen (sowie zu 33% von den 30 bis 50 Jahre alten Befragten) und rechte bis sehr rechte Einstellungen zu 66% von den über 50jährigen stammen. Um die Lebenszyklushypothese (gegenüber der Generationshypothese¹⁴) zu erhärten, bedürfte es einer Längsschnittanalyse, die unsere Umfrage nicht liefern kann.

Ein Resultat der Studie war, daß sich die Befragten in Heidelberg durchaus für Politik interessieren: 38% gaben etwas und 48% starkes bis sehr starkes Politikinteresse an. Nur 14% waren kaum oder gar nicht interessiert. Die Hälfte der stark bis sehr stark Interessierten stuft sich insgesamt links, 30% in der Mitte, und nur knapp ein Fünftel rechts der Mitte ein. Etwas Interessierte gehen nach links (40%) und zur Mitte (36%), die Affinität mit dem rechten Spektrum steigt im Vergleich zu den stark bis sehr stark Interessierten um 4 Prozentpunkte auf 24%. Die Nicht-Interessierten stufen sich zum Großteil im Zentrum (35%) oder insgesamt links (40%) ein. In Heidelberg läßt sich somit ein positiver Zusammenhang zwischen Interesse an Politik und linker Selbsteinstufung feststellen.

Differenziert man nach Geschlecht, so ist zu beobachten, daß 35% der Männer und 31% der Frauen sich in der Mitte einordnen. 12% sowohl der Männer als auch der Frauen stufen sich schwach rechts, 26% der Männer und 18% der Frauen schwach links ein. Dem entsprechen extreme Selbsteinschätzungen (sehr links und sehr rechts): 30% der Frauen

¹³ Darunter versteht man den Wandel der Grundhaltungen und Einstellungen nach Lebensabschnitten.

¹⁴ Hierunter versteht man den Wandel der Einstellungen in der Gesellschaft über Generationen nach erworbener Primärsozialisation.

stufen sich links bis sehr links ein (Männer: 19%), bei der rechten bis sehr rechten Kategorie gaben dies 13% der Frauen an (immerhin 4% mehr als die Männer). Die oft behauptete Annahme, Männer hätten extremere politische Einstellungen als Frauen, ist anhand der Umfragedaten für Heidelberg nicht haltbar.

Zwischen der Links-Rechts-Einstufung und der Parteiidentifikation (PI)¹⁵ ist ein deutlicher Zusammenhang erkennbar. 43% der Linken bis sehr Linken identifizieren sich mit der SPD und 30% mit den Grünen (keine PI: 25%); die schwach Linken neigen langfristig der SPD (40%) und den Grünen (20%) zu, während 36% keine PI angaben: 25% der politischen Mitte identifizieren sich mit der SPD und 20% mit der CDU/CSU (keine PI: 46%); rechts vom Zentrum liegt eine Identifikation mit der CDU/CSU von 51% vor (keine PI: 29%). Aus den Zahlen ist zu ersehen, daß der Anteil der Befragten ohne Parteiidentifikation in der politischen Mitte am größten ist.

Der Zusammenhang zwischen Links-Rechts-Einstufung und momentaner Parteipräferenz auf Bundesebene zeigen ähnliche Muster: Linken bis sehr Linken gefallen die SPD (48%) und die Grünen (43%) am besten, schwach Linken ebenso (53% SPD und 35% Grüne). Die Mitte sieht im Parteienranking Union und die SPD gleichermaßen vorn (beide 36%). Schwach Rechte präferieren eindeutig die CDU/CSU (64%), Rechte bis sehr Rechte zeigen ähnliche Vorlieben.

cc, dr, nf, pp, th, ur

4. Kommunalwahl und Kommunalpolitik in Heidelberg im Rückblick

4.1. Bestimmen Parteiidentifikation und Kompetenzzuweisung das Wahlverhalten?

Bei Kommunalwahlen handelt es sich erfahrungsgemäß um Persönlichkeitswahlen. Es stellt sich also auch in Heidelberg die Frage, ob langfristige Parteiidentifikation (PI) oder die Problemlösungskompetenz auf kommunaler Ebene ausschlaggebend für die Wahlentscheidung ist.

Während der größte Teil der Wähler der Volksparteien CDU und SPD eine mehr oder weniger starke Bindung an die jeweilige Partei aufweist, fällt bei der GAL auf, daß sie einen verhältnismäßig großen Teil ihrer Stimmen (21%) von Anhängern anderer Parteien

¹⁵ Als PI (Parteiidentifikation) bezeichnet man die stabile affektive Bindung an eine Partei.

erhalten hat. Die Daten legen den Schluß nahe, daß die Wähler der GAL in ihrem Wahlverhalten stärker problemorientiert entscheiden. Sie sind allerdings auch sehr viel jünger als die Wähler der großen Parteien und haben deshalb sehr oft noch keine längerfristige Parteibindungen.

Wahlabsicht und Parteiidentifikation

Wahlabsicht	Parteiidentifikation			
	stark	schwach	keine	andere*
CDU	38,1%	33,0%	22,6%	6,3%
SPD	39,0%	35,0%	26,0%	0,0%
GAL	40,3%	18,2%	20,7%	20,8%

PI bezieht sich auf die Partei der Wahlabsicht
* Anhänger anderer Parteien

Bei der Frage nach dem zur Zeit wichtigsten Problem in Heidelberg nannten 30,5% aller Befragten das Verkehrsproblem. Davon trauten 26% der GAL am ehesten zu, dieses Problem lösen zu können. 24% sprachen eher der SPD die Problemlösungskompetenz zu. 15% vertrauten auf die Kompetenz der CDU. Schließlich waren 25% der Befragten der Meinung, daß keine der Parteien in der Lage sei, das Verkehrsproblem zu lösen.

Von den Befragten, die der SPD die größte Kompetenz zuwiesen, gaben 42% an, die SPD auch wählen zu wollen, 16% aber die CDU oder die GAL. Auch bei den Wählern, die der GAL am ehesten zutrauten, das Verkehrsproblem zu lösen, beabsichtigten 42% die GAL zu wählen. Von den Wählern, die eine Kompetenzzuweisung zugunsten der CDU abgaben, beabsichtigten 48% auch die CDU zu wählen, die SPD und die GAL konnten von diesen Befragten keine Wählerstimmen erwarten.

Wahlabsicht aufgrund von Issues: a) Verkehr

	Kompetenzzuweisung (%)	Wahlabsicht (%)		
		SPD	CDU	GAL
SPD	23,9	41,5	7,3	8,2
CDU	14,6	0,0	48,0	0,0
GAL	26,3	13,9	1,0	41,9
keine Partei	25,4	20,2	13,4	2,2

Für 23 % der Befragten war das Wohnungsproblem in Heidelberg besonders dringlich. Davon trauten 44% der SPD, 13% der CDU und 3% der GAL am ehesten zu, dieses Problem lösen zu können. Mit 37% der Befragten, die keiner Partei eine Lösung des Problems zutrauten, war dieser Anteil noch höher als beim Verkehrsproblem.

Von denjenigen Befragten, die einer bestimmten Partei die größte Problemlösungskompetenz zuwies, beabsichtigten mindestens 30%, diese Partei auch zu wählen. Von denjenigen, die bei den Grünen die größte Kompetenz sahen, waren dies sogar 78%.

b) Wohnungsproblem

	Kompetenzzuweisung (%)	Wahlabsicht (%)		
SPD	43,7	SPD 30,1	CDU 14,6	GAL 5,1
CDU	13,4	SPD 0,0	CDU 38,8	GAL 0,0
GAL	3,3	SPD 0,0	CDU 0,0	GAL 77,8
keine Partei	36,8	SPD 13,1	CDU 8,0	GAL 2,0

Die Zuweisung der Problemlösungskompetenz an die drei stärksten Parteien scheint beim Verkehrsproblem ein wichtigerer Faktor für die Wahlabsicht gewesen zu sein als beim Wohnungsproblem. Lediglich für die Grünen-Wähler war die Lösungskompetenz beim Wohnungsproblem von deutlich wichtigerer, mitunter wahlentscheidender Bedeutung.

4.2. Bewertung der Arbeit des Gemeinderats

Auf einer Skala von -5 bis +5 mit einem Nullpunkt dazwischen wurde von allen Befragten die Arbeit des Gemeinderats im Durchschnitt mit +0,24 bewertet: Im einzelnen beurteilten SPD-Wähler die Arbeit des Gemeinderats mit +1,3 und GAL-Wähler mit +0,7 positiv, während CDU-Wähler sie mit -0,3 negativ beurteilten. FWV-Wähler stuften die Arbeit des Gemeinderats sogar mit -1,5 ein. Die Arbeit der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen wurden im einzelnen wie folgt bewertet: Die SPD-Fraktion wurde von allen Befragten mit +0,3 bewertet, von den eigenen Wählern mit +1,9. Von allen Befragten wurde die Arbeit der CDU-Fraktion mit -0,5 beurteilt, von den eigenen Wählern dagegen mit +2,3. Einen ähnlich hohen Wert bei den eigenen Wählern zeigt die Fraktion der GAL mit +2,2 auf. Bei allen Befragten kam sie auf +0,1. Die Fraktion der FWV weist mit +1,3 den geringsten Wert bei den eigenen Wählern auf, das Ergebnis bei allen Befragten beträgt -0,3.

Bewertung der Arbeit der einzelnen Fraktionen im Durchschnitt:

Fraktion	alle Befragten	Wähler der eigenen Partei
SPD	+0,3	+1,9
CDU	-0,5	+2,3
GAL	+0,1	+2,2
FWV	-0,3	+1,3

Bei der Bewertung der Arbeit der einzelnen Fraktionen ist auffällig, daß ein großer Anteil der Befragten die Arbeit der Parteien im Gemeinderat nicht beurteilen konnte. Am schlechtesten schloß hier die FWV-Fraktion ab. 46% der Befragten waren nicht in der Lage, die Arbeit dieser Fraktion zu bewerten.

Bewertung der Arbeit der einzelnen Fraktionen in Prozent:

Partei	gut	schlecht	„0“	weiß nicht
CDU	23,0%	28,7%	13,0%	35,3%
SPD	32,6%	21,6%	11,8%	34,0%
GAL	28,5%	19,4%	14,1%	38,0%
FWV	17,5%	16,1%	20,0%	46,4%

Mögliche Gründe für dieses Ergebnis sind in der mangelnden Transparenz der Arbeit des Gemeinderats zu sehen, aber auch in der Unfähigkeit der einzelnen Fraktionen, ihre Arbeit in der Öffentlichkeit überhaupt darzustellen. Es gelingt den Fraktionen offensichtlich nicht, ein eigenes Profil zu entwickeln und sich deutlich genug von anderen Fraktionen abzugrenzen.

4.3. Bewertung der Oberbürgermeisterin Beate Weber

Weiterhin wurden die Wahlberechtigten befragt, *ob Oberbürgermeisterin Beate Weber "ihre Sache" bisher eher gut oder eher schlecht gemacht habe*. 50% fanden, daß sie ihre Arbeit als Stadtoberhaupt eher gut, rund 40%, daß sie ihre Arbeit eher schlecht gemacht habe. 10% der Befragten gaben keine Wertung ab.

Beate Weber wird von SPD- und GAL-Wählern deutlich positiv bewertet, wobei sie in den Reihen der GAL besser beurteilt wird (81%) als in den Reihen der SPD (64%). Negativ bewertet wird sie von den CDU-Wählern, von denen 63% der Meinung sind, daß Beate

Weber "ihre Sache" eher schlecht gemacht habe. In den Reihen der FWV-Wähler halten sich Zuspruch und Ablehnung mit 45% und 50% fast die Waage.

Beurteilung von Beate Weber nach einzelnen Parteien:

Wahlabsicht	gut	schlecht	weiß nicht
SPD	64,3%	26,0%	9,7%
CDU	29,8%	63,1%	7,1%
GAL	80,5%	6,5%	13,0%
FWV	44,5%	50,0%	5,5%

Innerhalb der einzelnen Altersgruppen wurde Beate Weber von den 18- bis 44jährigen und den über 70jährigen positiv beurteilt. Eher negativ wurde sie von den 45- bis 69jährigen bewertet. Deutlich wird auch, daß Beate Weber von Frauen besser bewertet wird als von Männern.

Geschlechtsspezifische Bewertung der Arbeit von Beate Weber in Prozent:

	gut	schlecht	weiß nicht
Frauen	54,0%	34,0%	12,0%
Männer	48,2%	42,2%	9,6%

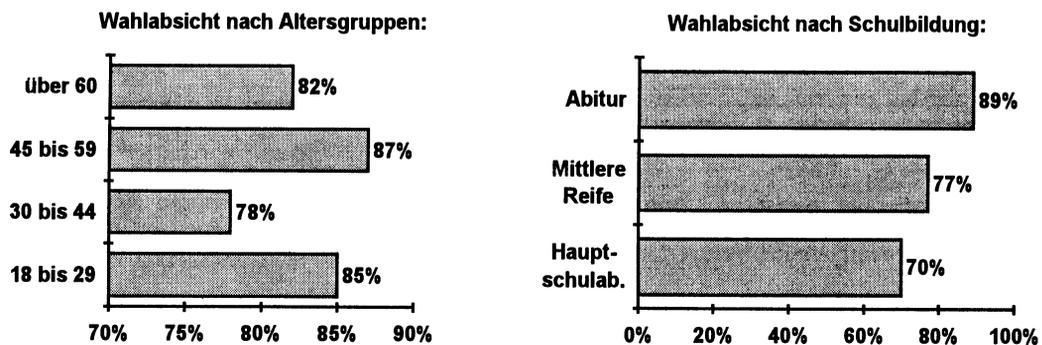
sf, hm, kp, fr, jz

5. Europawahlen in Heidelberg

5.1. Die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen in Heidelberg

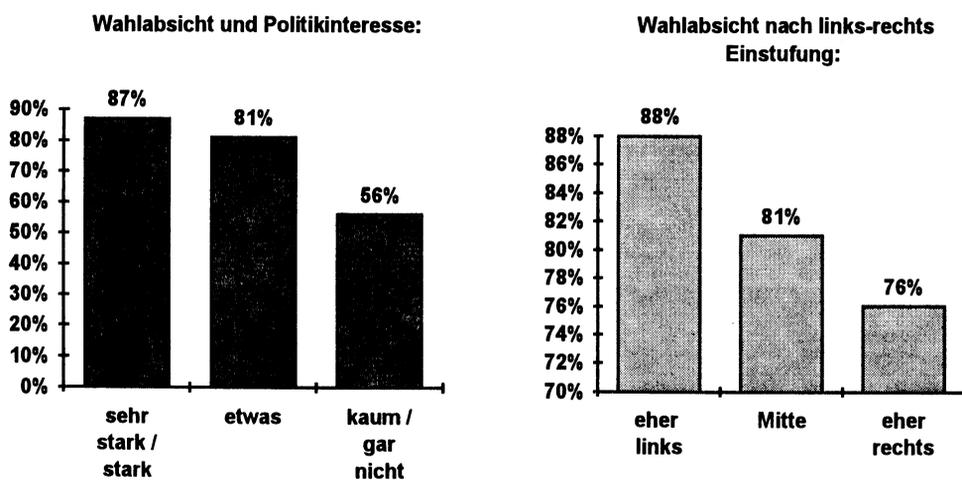
66,6% der Wahlberechtigten Heidelbergs haben sich bei der Wahl zum Europäischen Parlament beteiligt. In unserer Umfrage kurz vor der Wahl gaben noch 82,7% an, sich bei der Wahl beteiligen zu wollen. Diese Überschätzung der Wahlbeteiligung beruht auf dem hohen Aufforderungscharakter, den eine Umfrage hat, sich möglichst systemkonform zu verhalten. Da viele Wähler die Beteiligung an der Wahl als ihre demokratische Pflicht empfinden, gibt ein Teil der Befragten in Umfragen nicht gerne zu, daß sie sich eigentlich

nicht beteiligen wollen. Die Wahlbeteiligung zur Europawahl war durch die gleichzeitig stattfindende Kommunalwahl in Baden-Württemberg sicherlich deutlich beeinflusst. Da Entscheidungen auf der kommunalen Ebene, auch in Heidelberg, wichtiger eingestuft werden als Entscheidungen auf der Europaebene, hat die Zusammenlegung von Kommunal- und Europawahl in Baden-Württemberg die Wahlbeteiligung nach oben beeinflusst.



Es zeigt sich, daß man die höchste Bereitschaft, zur Wahl zu gehen, eher in der Gruppe der 45- bis 59jährigen vorfindet. Wir stellen auch fest, daß die Beteiligung an der Wahl mit dem Grad der Bildung kontinuierlich steigt.

Nicht verwunderlich ist auch, daß die Bereitschaft, sich an der Wahl zu beteiligen, in deutlichem Zusammenhang mit dem Interesse an Politik steht. Diejenigen, die sich stärker für Politik interessieren, sind deshalb auch sehr viel eher bereit, sich bei den Wahlen zum Europäischen Parlament zu beteiligen, als diejenigen, die kein Interesse an Politik zeigen.

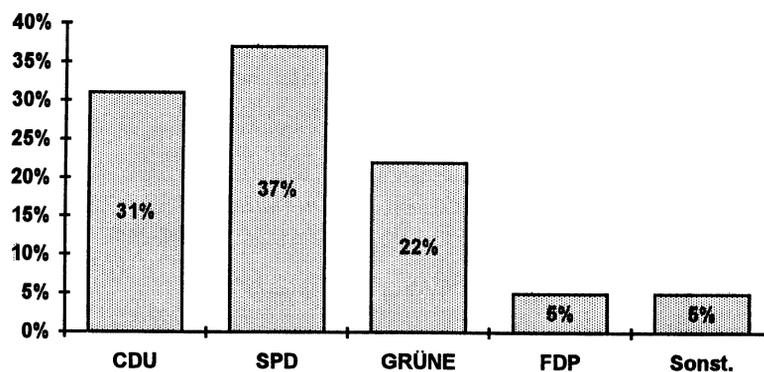


Auch der politische Standort, ausgedrückt durch die Selbsteinstufung auf der Links-rechts-Skala, hat einen Einfluß auf die Bereitschaft, zur Europawahl zu gehen. Befragte, die sich eher links einordnen, zeigen deutlich höhere Wahlbereitschaft als diejenigen, die sich rechts einordnen.

5.2. Die Wahlabsicht der Heidelberger zur Europawahl

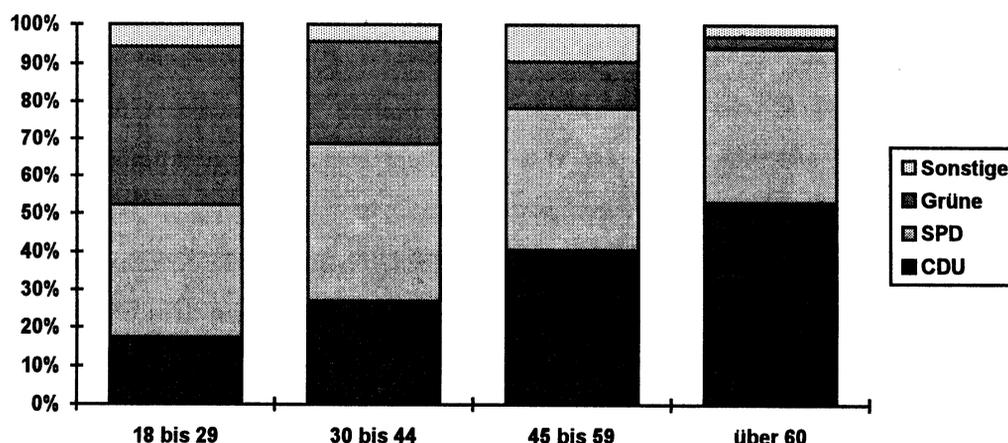
In unserer Umfrage vor der Wahl ist die SPD, im Gegensatz zu den tatsächlichen Ergebnissen, stärkste Partei und die CDU ist deutlich unterschätzt. Die Überprüfung der Stichprobe hat gezeigt, daß wir insbesondere bei den über 60jährigen Defizite haben, d.h. in dieser Altersgruppe haben wir nicht alle Zielpersonen erreicht, die wir hätten erreichen sollen. Da aber die über 60jährigen, und unter ihnen insbesondere die Frauen, die treuesten CDU-Wähler sind, liegt hier ein Grund für das Abweichen der Befragungsergebnisse von den tatsächlichen Ergebnissen. Ein weiterer Grund liegt aber sicherlich darin, daß bis zum Zeitpunkt der Wahl die Stimmung sich auch im Heidelberg deutlich zugunsten der CDU gedreht hat. Mehrere bundesweite Untersuchungen kommen zu diesem Schluß. Darüber hinaus hat offensichtlich die SPD ihre Anhängerschaft weniger gut ausgeschöpft als die CDU.

Stimmverteilung



Die Umfrageergebnisse nach Altersgruppen aufgegliedert zeigen, daß die jüngeren Wähler in Heidelberg (18- bis 29jährige) sehr stark eher linke Parteien gewählt haben: Auf die Grünen entfallen 42%, auf die SPD 35%, auf die CDU nur 17% der Stimmen.

Stimmverteilung nach Altersgruppen:



In den höheren Altersgruppen verbessert sich das Ergebnis der CDU zusehends, wie aus obenstehender Graphik hervorgeht. Bei den über 60jährigen hat die CDU mit 51% die absolute Mehrheit.

Vergleicht man die längerfristige Parteineigung der Befragten mit deren Wahlabsicht, so stellt man eine hohe Übereinstimmung bei den Anhängern der CDU und bei den Grünen fest (95%). Im Gegensatz dazu ist die Übereinstimmung bei der SPD deutlich niedriger (83%). Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, daß die SPD weniger erfolgreich ihre Anhängerschaft mobilisiert hat.

5.3. Die Wichtigkeit des Europaparlaments

Bei der Einschätzung der Wichtigkeit der Entscheidungen auf den verschiedenen Parlamentsebenen schneidet das Europaparlament eindeutig als das am wenigsten wichtige ab. Etwas mehr als 50% der Befragten halten die Entscheidungen, die im Europaparlament getroffen werden für sehr wichtig (13,5%) bzw. wichtig (39%). Diese Einschätzung beeinflußt natürlich auch die Bereitschaft, zur Wahl zu gehen. Diejenigen Befragten, die die Entscheidungen des Europaparlaments für wichtig oder sogar sehr wichtig erachten, zeigten eine sehr viel deutlichere Bereitschaft (87%) zur Wahl zu gehen, als alle anderen (59%).

Die Einstufung der Wichtigkeit der Entscheidungen des Europaparlaments ist weitgehend unabhängig vom Alter der Befragten.

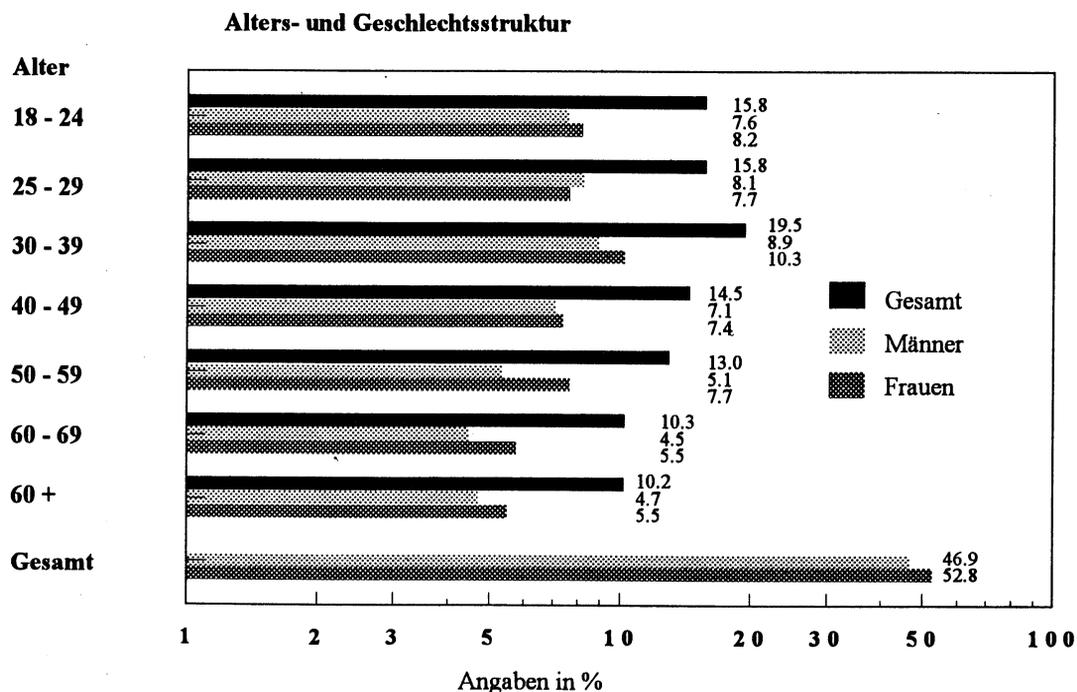
ik, tg, asm, nk

6. Sozialstruktur und Parteipräferenz

Die soziale Struktur beeinflusst den Wahlausgang sehr stark. Die klassische Theorie geht davon aus, daß politische Parteien langfristige Bündnisse mit sozialen Gruppierungen eingehen. Daher gruppieren sich die Wähler entlang sozialer "Konfliktlinien", die die Gesellschaft teilen. Die in Westdeutschland allgemein bestimmenden Konfliktlinien sind: Religion (katholisch-evangelisch, starke bzw. schwache Bindung an die Kirche) und Arbeit versus Kapital (Beruf, Stellung im Beruf). In der neueren Forschung wird außerdem ein grundlegender Konflikt zwischen den "materialistischen" Einstellungen älterer Generationen und den "postmateriellen", ideelleren Grundüberzeugungen der in materieller Sicherheit aufgewachsenen jüngeren Altersgruppen gesehen.

6.1. Alters- und Geschlechtsstruktur

Heidelberg weicht als Universitätsstadt vom Bundesdurchschnitt in Alters- und Sozialstruktur deutlich ab. Im Vergleich mit den Daten der Heidelberger Einwohnerstatistik weist die Umfrage zu viele unter 29jährige und zu wenig über 60jährige aus, vor allem ältere Frauen sind unterrepräsentiert.



Als abhängige Variable für die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Parteinähe wurde die Parteipräferenz der Befragten gewählt, da soziale Bindungen einen über die Zeit stabilen Indikator verlangen. Die Kommunalwahlabsicht ist kurzfristig stark an Personen orientiert und daher nicht geeignet, dauerhafte Parteibindungen zu messen. Die "Verweigerer" bei der Frage nach der Parteiidentifikation verteilen sich relativ gleichmäßig über alle Alters-, Geschlechts- und sozialen Gruppen.

Parteipräferenz nach Alter und Geschlecht (prozentuiert auf alle, die eine Angabe machten)

(n=481)	CDU/CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
Gesamt	29	39	25	6	3
GESCHLECHT					
männlich	27	42	22	5	4
weiblich	30	34	27	6	2
ALTER					
18-24	15	39	32	9	4
25-29	17	34	46	1	3
30-39	26	36	32	5	2
40-49	22	42	21	9	6
50-59	39	35	13	8	5
60-69	45	44	5	6	0
70 und älter	55	39	1	3	1
ALTER UND GESCHLECHT					
M 18-29	20	38	32	5	5
F 18-29	12	35	46	4	2
M 30-49	20	47	24	5	4
F 30-49	29	30	31	7	3
M 50 und älter	44	40	8	4	3
F 50 und älter	48	38	6	7	1

Angaben in %

In der Parteipräferenz hat die Umfrage geringe Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Befragten bei der CDU ergeben, deutlichere Abweichungen bei der SPD (Männerüberschuß), aber auch bei den Grünen (Frauenüberschuß). Größere Abweichungen ergeben sich in den Alterskohorten. Bei den jungen Frauen sind die Grünen stärkste Partei, die CDU ist abgeschlagen. Bei den älteren Frauen überwiegt die CDU im Vergleich zu den Männern. Generell steigt mit dem Alter die Sympathie für die großen Volksparteien; hiervon profitiert vor allem die CDU.

6.2. Parteipräferenz und Schulbildung

Der Bildungsgrad hat ebenfalls einen nennenswerten Einfluß auf die Parteipräferenz. Immerhin 25% der Befragten haben einen Hochschulabschluß; sie neigen mehrheitlich den Grünen zu, erst dann folgen SPD und CDU. Bei den Abiturienten in Ausbildung, hauptsächlich Studentinnen und Studenten, wiegt das Übergewicht der Grünen noch schwerer. Die SPD kann sich bei ihnen behaupten, die CDU wird an den Rand gedrängt. Alles in allem scheint in dieser Gruppe ein grünes Stammwählerpotential verwurzelt zu sein, das Wahlen in Heidelberg in dem Maße mitbestimmen kann, wie diese Gruppe an der Wahl teilnimmt. Bei Befragten mit niedrigerem Bildungsgrad erzielt die CDU vergleichsweise hohe Anteile, die Grünen können hier kaum punkten.

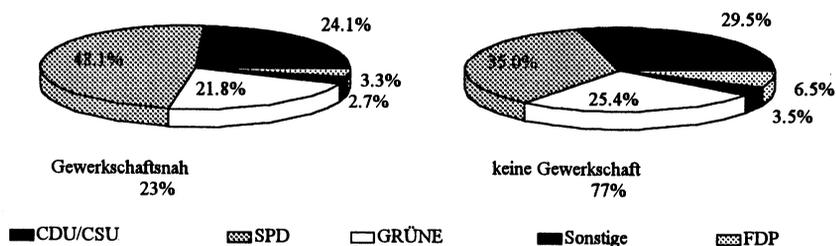
Der Indikator Schulbildung wird allerdings überlagert durch wirtschaftliche Faktoren: es besteht ja ein enger Zusammenhang zwischen Bildung und beruflichem Status.

6.3. Parteipräferenz nach Berufsstruktur

BERUFSGRUPPE	CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	Sonstige
Arbeiter (14%)	39,6	49,5	5,0	1,0	5,0
Angestellte (50%)	32,3	40,7	21,3	3,7	2,0
Beamte (8%)	38,9	18,5	24,1	14,8	3,7
Selbständige (11%)	19,2	39,9	25,6	10,2	5,1
Studierende (17%)	10,9	36,0	42,3	6,8	4,1

Auffällig ist, daß die SPD die Arbeiter nicht so deutlich für sich gewinnen kann, wie vielleicht zu erwarten wäre. Mehr Erklärungskraft gewinnt die sozio-ökonomische Konfliktlinie, wenn sie an der Gewerkschaftsnähe gemessen wird: Diejenigen, die selbst oder über ein Mitglied ihres Haushaltes einer Gewerkschaft verbunden sind, neigen der SPD um ein Drittel häufiger zu als Befragte ohne Gewerkschaftsbindung.

6.4. Parteipräferenz und Gewerkschaftsnähe



6.5. Parteipräferenz und Religion

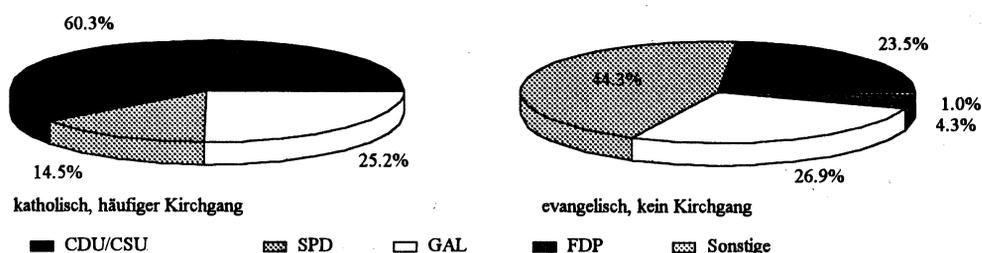
Erklärungskraft haben offenbar immer noch die Faktoren Konfession und Kirchenbindung. Protestantische Befragte neigen in wesentlich höherem Maße der SPD zu als katholische Befragte. Bei den Konfessionslosen sind die Grünen überdurchschnittlich beliebt.

	CDU/CSU	SPD	GAL	FDP	Sonst.
KONFESSION					
katholisch (32%)	38,1	30,6	23,6	5,8	1,9
evangelisch (49%)	24,9	42,6	22,7	7,2	2,6
keine (16%)	19,1	33,9	36,0	2,2	8,8
KIRCHGANG					
(fast) jeden Sonntag (12 %)	41,8	28,4	27,8	0,0	2,0
ab und zu (27%)	31,2	36,6	16,9	12,2	3,0
einmal im Jahr (8%)	39,3	41,0	12,6	4,2	2,8
selten/nie (53%)	22,6	40,0	29,6	4,0	3,8

Angaben in Prozent

Befragte, die regelmäßig zur Kirche gehen, neigen eher der CDU und weniger der SPD zu, Befragte ohne Bindung an die Kirche lehnen die CDU eher ab. Wenn man die beiden religiösen Indikatoren zusammen betrachtet, ergibt sich ein außerordentlich deutlicher Unterschied in der Sympathie für die Parteien.

Parteipräferenz nach Kirchenbindung (Extreme)



Im allgemeinen bestätigen sich auch in Heidelberg die Annahmen über die Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und Parteinähe. Die sozio-ökonomische Konfliktlinie ist wesentlich schwächer als die religiöse. Auf die Konfliktlinie zwischen den "materialistischen" Überzeugungen der Älteren und den "postmateriellen" Einstellungen der hochgebildeten Jüngeren kann nur indirekt geschlossen werden. Von besonderer Bedeutung sind jedoch gerade die Studenten und Akademiker, die in Heidelberg mit Abstand die größte Bildungsgruppe darstellen.

je, rg, tm, jw, nw

7. Stichprobenerhebung und Repräsentativität

Als Auswahlverfahren wurde die Zufallsstichprobe (random sampling) gewählt. Grundlage dieses Verfahrens ist die statistische Aussage, daß die zu untersuchenden Merkmale (Variablen) in einer repräsentativen Stichprobe mit einer angebbaren Wahrscheinlichkeit (Sicherheitsgrad) so verteilt sind, wie in der Grundgesamtheit (gesamte Wählerschaft). Beispielsweise besteht bei einer Zahl von 662 Befragten und einem Sicherheitsniveau von 95% ein Vertrauensintervall von $\pm 4\%$. Das Sicherheitsniveau besagt dabei, mit welcher Sicherheit die aufgrund der Stichprobe gemachten Aussagen zutreffend sind und das Vertrauensintervall gibt den Bereich der Schwankungen um den in der Stichprobe ermittelten Wert an, innerhalb derer der tatsächliche Wert der Gesamtheit bei dem jeweiligen Sicherheitsniveau liegt.

Die Repräsentativität der Stichprobe war dadurch gewährleistet, daß jeder wahlberechtigte Heidelberger die gleiche Chance hatte, in die Stichprobe zu gelangen. Es wurde festgelegt, daß in jedem zufällig ausgewählten Haushalt diejenige Person interviewt werden sollte, die in Heidelberg wahlberechtigt ist und zuletzt Geburtstag hatte (neutrales Kriterium des sogenannten Geburtstagschlüssels). Erfahrungen der empirischen Wahlforschung haben gezeigt, daß vorzugsweise Hausfrauen oder -männer und junge Menschen Telefongespräche entgegennehmen und somit die Repräsentativität bereits zu Beginn einschränken. Dies konnte durch unsere Auswahl verhindert werden.

Aus der Grundgesamtheit von 76.542 Heidelberger Telefonnummern wurden alle Nummern mit "Bindestrich" sowie diese, aus deren Telefonbucheintrag eindeutig hervorgeht, daß es sich um einen Geschäftsanschluß, städtische Behörde oder die Universität handelt, aussortiert. Damit wurde die Datenbasis auf 56.691 Telefonnummern reduziert. Aus dieser alphabetisch geordneten Datenbasis wurde wiederum jede 43-ste Telefonnummer in einer Auswahlroutine herausgelesen, um auf die Bruttostichprobe von 2.016 Telefonnummern zu kommen. Anschließend wurde zur letzten Ziffer jeder ausgewählten Telefonnummer die Zahl 1 addiert. Damit konnten die Telefonnummern, die nicht im Heidelberger Telefonbuch verzeichnet sind (Geheimnummern), miterfaßt und die Bruttostichprobe hinsichtlich der Repräsentativität verbessert werden. Außerdem wurde dadurch die datenschutzrechtliche Anonymität der zu befragenden Personen gewährleistet. Andererseits besteht so die Gefahr, daß erneut Geschäftsanschlüsse etc., allerdings in wesentlich geringerer Anzahl als in der Gesamtheit, in die Stichprobe fallen. Die 2.016

Telefonnummern wurden auf Listen mit jeweils 50 Telefonnummern an jeden Interviewer verteilt.

1.642 Telefonnummern wurden angewählt und 662 Interviews vollständig durchgeführt. Letztere bilden die Nettostichprobe. Die völlig neutralen Ausfälle beliefen sich auf 423 Telefonnummern. Dies sind Geschäftsanschlüsse, Datenendgeräte (Telefax), Ansagen der Telekom und Haushalte, in denen keine in Heidelberg wahlberechtigte Personen wohnen. Des weiteren entfallen unter die Kategorie *neutrale Ausfälle* Telefonnummern, bei denen trotz mehrfachen Anwählens kein Kontakt zum Haushalt hergestellt werden konnte (Freizeichen, Anrufbeantworter). Diese Gruppe umfaßt 260 Telefonnummern. Unter Berücksichtigung dieser neutralen Ausfälle betrug die *Ausschöpfung* 69%. Zu 99 Haushalten konnte ein Kontakt hergestellt werden, aber die Zielperson war während der gesamten Feldzeit nicht erreichbar (59 Fälle) oder krank (geistige und körperliche Gebrechen) und damit nicht fähig, dem Interview zu folgen bzw. unsere Fragen zu antworten (40 Fälle). Neben diesen Ausfällen gab es weitere 198 Kontakte zu Haushalten, mit denen trotz mehrmaligen Bemühens keine Durchführung des Interviews zustande kam, die Kategorie sogenannter *Verweigerer*.

Die Qualität der Stichprobe entspricht damit durchaus den Anforderungen, die in der Umfrageforschung gestellt werden. Die erhobenen Daten wurden zweifach gewichtet und damit all die Merkmale, die in einer Stichprobe zu häufig vertreten sind, relativ zu den anderen Merkmalen heruntergewichtet sowie die Merkmale, die in der Stichprobe im Verhältnis zur Grundgesamtheit zu selten vorkommen, heraufgewichtet. Die Gewichtung richtet sich zum einen auf Alter und Geschlecht der Befragten, zum anderen auf die Haushaltgröße (wieviele wahlberechtigte Personen wohnen im Haushalt). Bei der Haushaltsgewichtung erfolgt ein Chancenausgleich, da Personen aus einem kleinen Haushalt eine größere Chance haben, als Befragte ausgewählt zu werden, als Personen, deren Haushalt groß ist. Die Gewichtung nach Alter und Geschlecht richtet sich nach der tatsächlichen Alters- und Geschlechtsverteilung in Heidelberg (Ist-Soll-Vergleich/Sollwerte wurden aus der Statistik der Stadt Heidelberg entnommen).